

Wohlstand, ade



Die **Teuerungswelle** trifft nicht mehr nur Einkommensschwache, längst ist sie auch voll im Mittelstand angekommen. Immer mehr Menschen kommen mit ihrem Geld kaum noch über die Runden. Das Antiteuerungspaket der Regierung bringt vor dem Hintergrund nur eine kurzfristige Entlastung – und in der Mittelschicht macht sich zunehmend Verunsicherung breit

Von Günter Fritz und Robert Prazak

INFLATIONSSCHUB. Das Geld zerbröselt den Konsumenten derzeit regelrecht in ihren Händen. Eine Besserung ist kurz- und mittelfristig kaum in Sicht

Eine Markenzzahnpasta, die plötzlich 5,95 Euro kostet, eine Topfengolatsche um 2,30 statt um 1,80 Euro, eine Take-away-Pizzaschnitte um vier statt um 3,50 Euro, Katzentrockenfutter statt um 3,29 Euro jetzt um 3,99 Euro, Benzin konstant jenseits der zwei Euro pro Liter und Gastronomiepreise, die jeden Restaurantbesuch zum Belastungstest für die Geldbörse machen – eine unerfreuliche Liste, die sich beliebig fortsetzen ließe. Die Teuerungswelle ist massiv (siehe Grafik) und trifft immer weitere Bevölkerungskreise. Und zwar so stark, dass sich die Regierung zu weitreichenden Abfederungsmaßnahmen veranlasst sah.

Dennoch: Trotz Antiteuerungsmaßnahmen in Milliardenhöhe scheint ein spürbarer Wohlstandsverlust für einen Großteil der Bevölkerung unvermeidbar. Nicht nur untere Einkommensschichten geraten immer stärker unter finanziellen Druck, auch im Mittelstand macht sich zunehmend Angst breit, dass der gewohnte Lebensstandard nicht mehr beibehalten werden kann. Denn ein Ende der Teuerung – die vor allem vom Ukraine-Krieg und den in dem Zusammenhang exorbitant gestiegenen Energiepreisen getrieben wird –, ist nicht in Sicht.

Mittelstand wird ärmer

Insbesondere die Kosten für Strom und Heizen bzw. Warmwasser in Kombination mit den hohen Lebensmittelpreisen sind es, die in Nöten geratene Menschen aktuell zu den diversen Hilfestellen treiben. Bei Caritas oder Diakonie werden seit einigen Monaten um gut ein Drittel mehr Hilfesuchende registriert. „Bei uns waren es zuerst die Wohnungskosten, die die Probleme gemacht haben, jetzt sind die Energiepreise das Topthema“, sagt Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie Österreich und Mitbegründer der Armutskonferenz: „Die ersten diesbezüglichen Rechnungen kommen bereits und sind oft zwei bis drei Mal so hoch wie zuvor – und wenn jemand kein Geld hat, dann kommt er gleich in finanziellen Bedrängnis.“

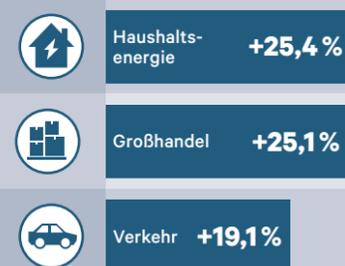
Schenk schildert das Beispiel einer Alleinerzieherin mit zwei Kindern aus Salzburg, die sich aus Kostengründen eine kleinere und billigere Wohnung gesucht hatte und nach dem Umzug aus allen Wolken fiel. Denn sie musste einen neuen Vertrag mit einem Energieversorger abschließen, und der war viel teurer als ihr voriger. „Das sind jetzt die Punkte, an die man denken muss“, so Schenk, der registriert, dass

Neuer Höchststand

Mit 7,7 Prozent im Mai erreichte die Inflation einen neuen Höchststand; in einzelnen Produktgruppen lagen die Preissteigerungen aber deutlich darüber. Übers Jahr gesehen waren sie zudem ohnehin noch höher – speziell bei Energie, Treibstoffen oder auch in der Gastronomie. Dass damit das Ende der Fahnenstange erreicht ist, ist mehr als fraglich.



+7,7%
Inflation im Mai



Quelle: Handelsverband

sich die Zahl der von der Teuerungswelle Betroffenen deutlich nach oben geschoben hat. Von den Armuts- und Ausgrenzunggefährdeten weit hinein in die untere Mittelschicht: „Menschen, die etwa vor Corona ein Mittelschichtleben geführt haben, dann arbeitslos wurden und nun nicht mehr in einen Job hineinkommen, trifft die Teuerung besonders und auch unerwartet.“

Laut Schenk sind rund 1,2 Millionen Menschen mit einem monatlichen Einkommen von 1.300 Euro akut armutsgefährdet, 270.000 davon sind Mindestsicherungs- oder Notstandshilfebezieher, die noch weniger Geld zur Verfügung haben – rund 900 Euro. Ergänzt um die Ausgrenzunggefährdeten, also Personen, die nicht wissen, wie sie Rechnungen für größere Reparaturen oder unerwartete Ausgaben bezahlen sollen, kommt die Statistik Austria gar auf 17,3 Prozent der Personen in Privathaushalten mit einer Einkommensgrenze von 1.371 Euro monatlich.

Aber auch in den Schichten darüber sind die Einkommen in der Regel überschaubar: 2020 betrug das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen der 4,56 Millionen unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich 30.257 Euro – davon sind 2,18 Millionen Vollzeitbeschäftigte, die 44.395 Euro im Jahr verdienen. Die knapp 2,2 Millionen Pensionisten hatten 2020 im Schnitt 22.618 Euro brutto im Jahr zur Verfügung.

In den unteren zwei Zehnteln („Dezilen“) der Einkommenspyramide spricht man von Armut und prekären Einkommensverhältnissen. In den Dezilen drei bis fünf von der unteren Mittelschicht und in den Dezilen sechs bis acht von der oberen Mittelschicht, so der Diakonie-Sozialexperte: „Das verschiebt sich jetzt. Die Menschen in den Dezilen drei und vier haben keine Ressourcen mehr; ihre Ersparnisse sind bereits aufgebraucht. Die obere Mittelschicht hat zwar noch Reserven, Ersparnisse und vielleicht ein kleines Vermögen, insgesamt wird es aber immer enger.“

Haushalte: 35 Prozent überfordert

Eine Entwicklung, die auch eine brandaktuelle Analyse des Fiskalrats unterstreicht: Demnach hat die Zahl der Haushalte, bei denen die Konsumausgaben das verfügbare Einkommen übersteigen, zuletzt deutlich zugenommen. So sind 35 Prozent der Haushalte nicht mehr in der Lage, ihre Ausgaben für Wohnen, Energie, Kleidung usw. mit ihren Einkünften abzudecken. Das sind immerhin 1,4 Millionen Haushalte bzw. rund 2,7 Millionen Menschen. Vor

der explodierenden Inflation und den massiven Preisanstiegen waren „nur“ 25 Prozent der Haushalte bzw. 1,8 Millionen Menschen finanziell überfordert.

Zunehmende Angst

Was bedeutet diese Entwicklung für die Gesellschaft? Die Soziologin Nina-Sophie Fritsch, die an der WU Wien und der Universität Potsdam wissenschaftlich tätig ist, spricht von steigender Angst angesichts dieser Entwicklung: „Wir müssen zwischen objektiven Kriterien und der subjektiven Einschätzung unterscheiden. Die Angst betrifft derzeit aber alle und ist ein ernst zu nehmendes Problem.“

Der Nährboden dieser Angst sei eine generelle Unsicherheit, die wiederum durch eine diffuse Vorstellung gestärkt werde, was in den nächsten Monaten passieren könne. Zwar würden Preissteigerungen derzeit untere Einkommensklassen übermäßig stark betreffen. „Aber auch die Mittelschicht spürt sie, selbst wenn das Ergebnis nicht existenzgefährdend ist.“ Außerdem gibt es weitere Fragezeichen: „Wenn Putin den Gashahn zudreht, müssen wir uns fragen, was mit vielen Betrieben geschieht und welche Folgen das hat“, sagt Fritsch.

Menschen in der Mittelschicht stufen sich zwar nicht als Spitzenverdiener ein, sind aber der Meinung, es gehe ihnen nicht schlecht. „Wohlstand ist in einer Gesellschaft etwas Attraktives, doch die Polarisierungstendenzen nehmen zu – nach unten und nach oben. Die Gesellschaft driftet auseinander.“ Eine Entwicklung in die falsche Richtung, wie Fritsch meint: „Eine breite Basis ist wünschenswert.“ Es habe in den 1960ern die These gegeben, dass der Wohlstand in modernen Gesellschaften insgesamt zunimmt und sich damit die Klassenzugehörigkeit auflöst. „Heute sehen wir ganz klar: das ist nicht eingetreten.“



Die ersten Energierechnungen kommen bereits und sind oft zwei bis drei Mal so hoch wie zuvor“

Martin Schenk
für den Diakonie-Sozialexperten sind die Energiepreise das Topthema

Fotos: Ricardo Herrgott, Heinz Stephan Tesarek

INTERVIEW

„Voll in der Mitte angekommen“

Herr Katzian, wie beurteilen Sie das Entlastungspaket?

Zum einen bin ich froh, dass die Regierung endlich etwas getan hat. Die Sozialpartner haben ihr ja schon im März ein Neun-Punkte-Programm mit Vorschlägen zur Entlastung von Unternehmen und Arbeitnehmern und ganz besonders der vulnerablen Gruppen, also Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Armutsgefährdeten, übergeben. Das hat sich dann gezogen wie ein Strudelteil, weshalb wir dann den Druck erhöht haben. Jetzt wurde ein Paket auf den Tisch gelegt, bei dem ich einzelne Punkte für okay halte, das aber einen Schönheitsfehler hat.

Und zwar welchen?

Es sind sehr viele Einmalzahlungen dabei, die Preise werden aber hoch bleiben und nicht wieder zurückgehen. Es wird zwar kurzfristig geholfen, aber nicht nachhaltig. Es wurden keine Maßnahmen gesetzt, wodurch etwas billiger wird. Seit März ist die Inflation geradezu explodiert, deshalb reichen Einmalzahlungen nicht aus. Mittlerweile sind längst nicht nur mehr die vulnerablen Gruppen von der Teuerung massiv betroffen, sondern auch jene, die arbeiten und nicht sehr viel verdienen. Schon vor der großen Teuerungswelle kamen bereits 20 Prozent der Menschen mit dem Geld, das sie zur Verfügung hatten, nicht aus bzw. war bei ihnen am Ende des Kontos noch ganz schön viel Monat übrig. Laut einer aktuellen Studie ist diese Zahl jetzt auf 35 Prozent gestiegen. Das heißt, die Teuerung ist voll in der Mittelschicht angekommen.

Was schlagen Sie vor?

Neben den schnellen Hilfen sollten auch inflationsdämpfende Maßnahmen gesetzt werden, etwa die Senkung der Mehrwertsteuer auf Güter des täglichen Bedarfs. Man darf nicht vergessen, dass die Kosten für einen Wocheneinkauf um 20 Prozent gestiegen sind – das ist nicht nur für Menschen mit geringem Einkommen ein Problem. Natürlich bräuhete es Begleitmaßnahmen, wenn die Mehrwertsteuer halbiert oder auf bestimmte Zeit



ÖGB-Chef Wolfgang Katzian: „Einmalzahlungen, die nicht nachhaltig sind“

ausgesetzt würde. Und es bräuhete eine tägliche Preiskontrolle. Über diesen Eingriff in den Markt hat sich die Regierung nicht drübergetraut. Ebenso wie über einen Gaspreisdeckel, den es bereits in einigen Ländern Europas gibt. Die rückwirkende Aussetzung der Mieterhöhung, die mit 1. April in Kraft getreten ist, zumindest für ein Jahr, wurde auch vorgeschlagen. Die ließe sich mittels Parlamentsbeschluss machen. Und auch die Senkung der Mineralölsteuer bis auf Level der EU-Ebene war ein Punkt im Sozialpartnerpaket.

Gegen derartige Maßnahmen wird immer mit dem Gießkannen-Prinzip, also dass davon auch Besserverdiener profitieren, argumentiert ...

Wenn es um Arbeitnehmerinteressen geht, ist schnell das Bild der Gießkanne ausgepackt – das stört mich seit Langem. Wenn ich eine Entlastung bei den Gütern des täglichen Bedarf haben will, warum sollen nicht auch die, die etwas besser verdienen, entlastet werden? Man sollte lieber darüber reden, wer welchen Beitrag leistet, um diese Krise am Ende des Tages zu finanzieren. Was ist der Beitrag der ganz großen Vermögen? Über die wird nämlich der Mantel des Schweigens gehüllt. Wenn des darum geht, die Kosten für die Entlastungen zu stemmen, kann es nicht sein, dass die Milliardäre und Millionäre, die oft gar keine oder nur minimale Steuern zahlen, sich drücken und alles auf den Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgeladen wird. Das werden wir nicht zulassen. ☹

Im Gegenteil: Ungleichheiten und Polarisierung auch in der Bildung und bei der Gesundheit nehmen tendenziell zu, nicht zuletzt auch wegen Inflation und der Preissteigerungen.

Lob und Kritik für Hilfen

Wie stark die finanziellen Auswirkungen für die Mittelschicht letztlich sein werden, ist derzeit noch nicht zu sagen: Das hänge u. a. von der weiteren Entwicklung des Ukraine-Kriegs, den Gaslieferungen und etwaigen Lieferkettenproblemen ab, erklärt Wirtschaftsforscherin Margit Schratzenstaller vom Wifo. Klar sei, dass es einen Wohlstandverlust gebe – auch für den Mittelstand, der die Inflation auf jeden Fall zu spüren bekommt: „In den nächsten Monaten werden die Preise weiter steigen. Der Peak ist noch nicht erreicht, auch wenn sich die Inflation im nächsten Jahr etwas einbremsen sollte.“

Was das Antiteuerungspaket der Regierung betrifft, so sieht die Wirtschaftsforscherin durchaus eine Reihe von positiven Punkten, auch wenn manche Maßnahme, etwa Klima- oder Familienbonus, nicht sehr treffsicher sei: „Gemeinsam mit dem ersten und zweiten Paket inklusive Steuerreform, die bereits beschlossen wurden, sind das doch substantielle Maßnahmen, die relativ schnell Hilfe bringen. Zusammen sind das Entlastungen von rund zehn Milliarden Euro. Das ist ja nicht wenig.“ Schratzenstaller findet es auch sinnvoll, dass „eine Kombination aus kurz- und längerfristigen Maßnahmen gewählt wurde“. Die längst überfällige Valorisierung der Sozialleistungen sei ebenso positiv wie der Umstand, dass es keinen Automatismus bei der Abschaffung der kalten Progression gebe.

Der Wirtschaftsforscherin, die sich gegen eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel oder Energieprodukte und gegen Preisdeckelungen ausspricht, fehlen allerdings langfristige und nachhaltige Aspekte im Regierungspaket: Die Menschen müssten Möglichkeiten haben, auf weniger emissionsintensive oder CO₂-freie Alternativen umzusteigen und sich anders zu verhalten. Öffentlicher Verkehr, Wohnen und Heizen sollten in so ein Paket eingebettet werden. „Das ist das eigentlich Nachhaltige, das uns von diesen hohen Preisen entlastet – alles, was uns von der fossilen Energie wegbringt. Und das tun all diese Maßnahmen, die zwar Kaufkraft- und Wohlstandverluste ausgleichen, nicht.“

Lob und Kritik gibt es für das Entlastungspaket auch vom Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes,

28,6

Milliarden Euro

an Entlastungen sind bis zum Jahr 2026 geplant. Neben der Steuerreform, Teuerungsausgleich, Erhöhung des Pendlerpauschales, Negativsteuer bzw. Absetzbetrags für untere Einkommen sind aktuell u. a. eine Aufstockung des Klimabonus, eine Erhöhung des Familienbonus plus und des Kindermehr Betrags sowie ein erhöhter Teuerungsausgleich vorgesehen. Dazu kommt ein Wohnschutzschirm zum Schutz vor Delogierungen. Zudem sollen eine Anpassung der Sozialleistungen, gesenkte Lohnnebenkosten und als Herzstück die Abschaffung der kalten Progression kommen.



Das Nachhaltigste, das uns von hohen Preisen entlastet, ist alles, was uns von der fossilen Energie wegbringt“

Margit Schratzenstaller
Die Wirtschaftsforscherin plädiert für langfristige Entlastungsschritte

Wolfgang Katzian (siehe Interview): Er findet es positiv, dass die Regierung endlich etwas getan hat, kritisiert aber zu viele Einmalzahlungen. „Die Preise werden hoch bleiben und nicht wieder zurückgehen. Es wird zwar kurzfristig geholfen, aber nicht nachhaltig“, so der ÖGB-Boss, für den KV-Abschlüsse unter der Inflationsrate bei den kommenden Lohnverhandlungen daher nicht vorstellbar sind.

Reiche immer reicher

Brisant an der Diskussion ist, dass gleichzeitig die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht. In der Bel étage und den oberen Stockwerken der Gesellschaft ist von den Nöten des Gros der Bevölkerung wenig zu spüren: Upperclass, Spitzenverdiener und reiche Er-

ben gönnen sich nach wie vor ihren Luxus und profitieren sogar noch zum Teil von den Antiteuerungsmaßnahmen der Regierung. Mit ein Anlass für Kritik daran.

Die Corona-Pandemie hat den Anstieg der Privatvermögen nicht gebremst, im Gegenteil. Laut der Österreichischen Nationalbank (OeNB) stieg das Geldvermögen der privaten Haushalte im Vorjahr von 762 auf rund 806 Milliarden Euro – abzüglich der finanziellen Verpflichtungen blieb immer noch eine Nettoposition von knapp 594 Milliarden Euro nach rund 559 Milliarden im Jahr davor. Nimmt man Sachwerte – Immobilien, Rohstoffe, Kunst und anderen physische Anlagen – dazu, dann verfügten die Österreicher im Vorjahr über ein Vermögen von 2.250 Milliarden Euro, heißt es im aktuellen „Global Wealth Report“ der Boston Consulting Group. Das entspricht mehr als dem Vierfachen der jährlichen Wirtschaftsleistung Österreichs. Der Bericht zeigt auch die ungleiche Vermögensverteilung auf: Demnach besitzen 400 „Superreiche“ ein Drittel des heimischen Finanzvermögens.

Dem Beratungsunternehmen Capgemini zufolge ist die Zahl der (Dollar-)Millionäre 2021 weltweit kräftig gewachsen, in Österreich stieg sie um acht Prozent bzw. 13.000 Personen. Aktuell gibt es hierzulande über 176.000 Millionäre, so Cap Gemini. Dank Konjunkturerholung und gestiegener Börsenkurse häuften die sehr Wohlhabenden zudem mehr Vermögen an.

Und die OeNB kommt in einer Untersuchung gar zu dem Ergebnis, dass das reichste Prozent der Bevölkerung – Personen mit einem Vermögen von mehr als zwei Millionen Euro – nicht auf rund 25 Prozent, sondern auf bis zu 50 Prozent des Gesamtvermögens kommen könnte.

Ruf nach Vermögenssteuern

Ein enormes Ungleichgewicht, das Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) jüngst in einem Interview als „obszön“ bezeichnete, weshalb er für die Einführung von Vermögenssteuern plädiert. Auch ÖGB-Boss Katzian fordert, dass Milliardäre und Millionäre endlich „einen gerechten Beitrag zur Entlastung und zum Stemmen der Krisenkosten beitragen“ sollen: „Dass die sich drücken und alles auf den Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgeladen wird, werden wir nicht zulassen.“

Forderungen, die allerdings von der ÖVP bislang strikt abgelehnt wurden. Für innenpolitischen Konfliktstoff ist vor dem Hintergrund, dass wir so gut wie alle immer ärmer werden, also gesorgt.

VERMÖGENSWERTE

Mehrwertsteuer: Die Debatte bekommt eine neue Dimension

Vor 50 Jahren wurde in Österreich die Mehrwertsteuer eingeführt, wie wir sie heute kennen: Mitte Juni 1972 schuf der damalige Finanzminister Hannes Androsch die Grundlage für die wichtigste Steuereinnahme des Landes. Im Vorjahr kamen dadurch rund 30,6 Milliarden in die Staatskasse. Und momentan darf sich die Finanz freuen: Weil alles teurer wird, steigen auch die Einnahmen aus der Umsatzsteuer. Im ersten Quartal waren es rund 8,7 Milliarden – knapp 23 Prozent mehr als im Vergleichsquarter des Vorjahres. Der Staat verdient ausgerechnet an jenen Preissteigerungen, unter denen die Bürger leiden.

Auf die Mehrwertsteuer, von Unternehmen als Umsatzsteuer bezeichnet, wird im täglichen Leben sonst kaum geachtet – das ist jetzt anders: Nach wiederholten Forderungen der Opposition schloss Kanzler Karl Nehammer nun eine Senkung bei Lebensmitteln nicht mehr aus. Dabei ist fraglich, was bei den Konsumenten ankommen würde. Die Steuersenkung für Gastronomie und Hotellerie in Österreich während der Corona-Pandemie war für die Bürger kaum bemerkbar – das war so gewollt, denn die Unterstützung der Wirtschaft stand im Vordergrund.

Die Krux mit indirekten Steuern

Was bedeutet die Mehrwertsteuer für Österreich? „Ohne diese Steuer wäre unser Wohlfahrtsstaat nicht finanzierbar“, betont Tina Ehrke-Rabel, Professorin des Instituts für Finanzrecht der Universität Graz. In der EU ist diese Steuer stark harmonisiert; Österreich liegt mit 20 Prozent im Mittelfeld. Das Problem: Aus Prinzip betreffen indirekte Steuern untere Einkommensklassen stärker als obere. In Krisenzeiten wird dieses Problem verschärft, weil ein noch höherer Teil des Einkommens für Ausgaben wie Lebensmittel oder Treibstoffe draufgeht. Die ärmsten zehn Prozent der Haushalte geben im Schnitt 17 Prozent des Einkommens für diese Steuern aus. Neben der Mehrwertsteuer ist das auch die Mineralölsteuer – und dieser Anteil wird nun mit Sicherheit steigen.

Was bringt eine Senkung der Mehrwertsteuer? Wirtschaftsforscherin Mar-



STEUERBAR. Steigende Preise belasten die Bürger, bringen dem Staat andererseits fette Mehreinnahmen – ob eine Senkung der Mehrwertsteuer etwas bringt, ist umstritten

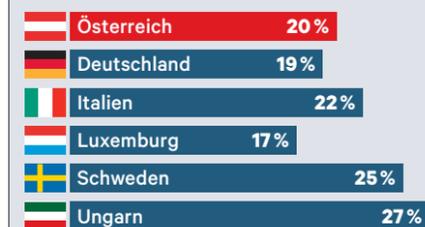
git Schratzenstaller hält davon wenig: „Hier stellt sich vor allem auch die Frage, wie treffsicher so eine Maßnahme ist.“ Senke man etwa die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, würden auch Besserverdiener profitieren, weil sie auch teurere Nahrungsmittel kaufen würden. Auch Preisobergrenzen wie einen Treibstoffpreisdeckel hält sie nicht für sinnvoll: Erfahrungsgemäß würden solche Preissenkungen nicht im vollen Umfang an die Konsumenten weitergegeben: „Das hat sich beim Tankrabatt in Deutschland gezeigt.“ Wenn eine solche Maßnahme eine Entlastung für alle sei, würden Viel-

fahrer – in der Regel besser situierte Personen – mehr profitieren als untere Einkommenschichten. Zudem würde eine Aufhebung solcher Maßnahmen erst recht wieder einen Inflationsschub bewirken. „Deshalb halte ich die soziale Abfederung, wie sie jetzt gemacht wird, für eine bessere Lösung.“

Progressive Mehrwertsteuer

Für Tina Ehrke-Rabel stellt sich die Frage, ob es noch zeitgemäß ist, dass „Arme genauso viel Mehrwertsteuer zahlen wie Reiche“. Eine mögliche Lösung wäre die progressive Mehrwertsteuer: Der jeweils zur Anwendung kommende Steuersatz hängt vom Einkommen des Einzelnen ab. In der Praxis gibt es zwar prinzipiell einen einheitlichen Steuersatz, der Bürger kann bei Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen aber einen Teil der Steuern zurückbekommen. Eine Hürde ist der Datenschutz, wie Ehrke-Rabel sagt. „Das ist schon ein Eingriff in die Privatsphäre und ich halte das für problematisch.“ In Russland wird das System erprobt, eine Diskussion ist auch in der EU nicht ausgeschlossen. „Wenn die Einnahmen des Staates sprudeln, während es harte Einschnitte für viele Menschen gibt, kann das aktuell werden.“

Mehrwertsteuersätze in Europa



Quelle: Eigene Recherche